



Innenausschuss

45. Sitzung (öffentlich)

18. September 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:30 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Beate Mennekes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung 7

Die Tagesordnung wird um eine Aktuelle Viertelstunde erweitert.

Aktuelle Viertelstunde 7

Onlineeinbruch von amerikanischen und britischen Geheimdiensten bei nordrhein-westfälischen Unternehmen und Internet Providern

Auf Antrag der Fraktion der Piraten

– MDgt Wolfgang Düren (MIK) berichtet 3

– Aussprache 5

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)** **12**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6500
Drucksache 16/6710 (Ergänzung)
Vorlage 16/2173
- Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales**
- Minister Ralf Jäger (MIK) berichtet **8**
- Frage von Dr. Robert Orth (FDP) **10**
- 2 Mitarbeiterin des NRW-Innenministeriums an Loveparade-Gutachten beteiligt?** **15**
- Vorlage 16/2192
- Aussprache **11**
- 3 Antisemitische Parolen mit Polizei-Megafon skandiert?** **16**
- Vorlage 16/2188
- Aussprache **12**
- 4 Einbindung der Polizei in die Überwachung der Lafontaine-Attentäterin Adelheid S.** **20**
- Vorlage 16/2193
- Aus dem Ausschuss ergibt sich kein weiterer Diskussionsbedarf.
- 5 Planungsstand bezüglich neuer Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und aktuelle Situation in den Einrichtungen** **21**
- Vorlage 16/2194

Innenausschuss

18.09.2014

45. Sitzung (öffentlich)

me

– Aussprache

17

12 Gesetz zur Novellierung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG) 30

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6689

Der Ausschuss kommt überein, am 23. Oktober 2014 ein Sachverständigengespräch durchzuführen.

6 Rechte „Bürgerwehren“ auf dem Vormarsch – Was unternimmt die Landesregierung? 31

Vorlage 16/2195

Aus dem Ausschuss ergibt sich kein weiterer Diskussionsbedarf.

7 Realistische Erfassung von Sicherheitsproblemen – Reform der Datenerfassung und -auswertung der Zentralen Informationsstelle Sparteinsätze (ZIS) 32

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3438
Ausschussprotokoll 16/518

– Aussprache

28

Der Antrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/3438 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CDU gegen die Stimmen der Piratenfraktion abgelehnt.

8 Siebtes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie zur Änderung weiterer Gesetze 34

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 16/6194

In Verbindung mit:

Bericht über die Evaluation des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

Vorlage 16/2046

– Aussprache 30

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Piratenfraktion angenommen.

9 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Landesfarben, das Landeswappen und die Landesflagge 36

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6192

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

10 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das öffentliche Flaggen 37

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6193

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

11 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen – DSGVO NRW) 38

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6634

– Aussprache 34

Der Ausschuss kommt überein, ein Sachverständigengespräch durchzuführen. In der Obleuterunde am 23. Oktober 2014, um 9:45 Uhr, werden die weiteren Modalitäten geklärt.

13 Ermittlungen gegen einen Aachener Polizeianwärter und weitere Beteiligte nach wochenlangem fremdenfeindlichem Mobbing einer Studienkollegin	40
– Minister Ralf Jäger (MIK) berichtet	36
– MDgt Wolfgang Düren (MIK) berichtet	37
– Aussprache	40

* * *

8 Siebtes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie zur Änderung weiterer Gesetze

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6194

In Verbindung mit:

Bericht über die Evaluation des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

Vorlage 16/2046

(vom Plenum am 10. September 2014 an den Innenausschuss überwiesen)

Vorsitzender Daniel Sieveke teilt mit, die Fraktionen hätten sich insbesondere mit Rücksicht auf die Planungssicherheit für die Kommunen in Bezug auf Art. 15 darauf verständigt, über den Gesetzentwurf ausnahmsweise in dieser Sitzung abschließend zu beraten und abzustimmen. Somit könne er rechtzeitig in zweiter Lesung im Oktober-Plenum verabschiedet werden.

Dr. Robert Orth (FDP) moniert generell, dass die Landesregierung dazu übergehe, Gesetzentwürfe zu entfristen, anstatt sie neu zu beraten. Das Parlament solle die Gesetzentwürfe lieber von Zeit zu Zeit auf ihre Zukunftsnotwendigkeit hin überprüfen. Insofern werde die FDP-Fraktion dem Gesetzentwurf nicht zustimmen. Er wolle das nur differenziert darstellen, damit kein falscher Eindruck entstehe; denn zu dem Rest hätten die Obleute eine Vereinbarung getroffen.

Frank Herrmann (PIRATEN) schließt sich vollumfänglich den Ausführungen von Herrn Dr. Orth an. Auch er halte es für keine gute Art, bei einem Gesetz eine Berichtspflicht einzuführen, die vielleicht in zehn Jahren zum Tragen komme, aber dann nach neunzehn Jahren ein Artikelgesetz zu verabschieden und die Berichtspflicht einfach zu streichen. Gerade zum Polizeigesetz habe es vor zehn Jahren eine riesige Debatte über die Einführung einer neuen Sicherheitsarchitektur gegeben. Jetzt werde der Sechste Abschnitt, die Evaluierung, einfach aus dem Gesetz gestrichen. Daher könnten auch die Piraten dem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Was den Inhalt des Gesetzentwurfs angehe, stimmt **Dirk Schatz (PIRATEN)** mit den Vorrednern überein. Die Friss-oder-stirb-Mentalität, die die Landesregierung dem Parlament in zeitlicher Hinsicht aufzwingt, halte er schon für beachtlich. Dass die Fristen ausliefen, sei nicht erst seit August, sondern schon seit Bestehen des Geset-

zes bekannt. Aus Respekt vor dem Parlament könne man solch einen Gesetzentwurf demnächst vielleicht auch früher einbringen.

Der **Vorsitzende** merkt an, dies sei auch das Ergebnis des Obleutegesprächs gewesen. Die Fraktionen hätten die Kritikpunkte sehr wohl gemeinsam getragen, sich aber jetzt darauf verständigt, so zu agieren, um den Kommunen die notwendige Planungssicherheit zu geben. Dies sei unabhängig von der jeweiligen unterschiedlichen politischen Bewertung.

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Piratenfraktion angenommen.